

# Das GRÜNE in der Bürgerschaft

## Aus dem Landtag vom 29. August 2013

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/lrh>

### Ein großer Schritt für mehr Demokratie in Bremen

Im Juli 2012 wurden mehrere Initiativen zur Erweiterung der Mitbestimmung in 1. Lesung beschlossen. Nach einem Jahr Beratung legt der dafür eingerichtete Ausschuss seinen Bericht vor und fasst alle Gesetzesanträge zusammen. Die Verfassungsänderungen und die Änderung des Gesetzes zur Erleichterung von Volksentscheiden und Volksbegehren wurden heute abschließend beschlossen.



Marie Hoppe, für Bürgerbeteiligung zuständig, Hermann Kuhn als finanzpolitischer Sprecher und der Fraktionsvorsitzende Matthias Guldner haben die Debatten um die Gesetzesänderungen begleitet.

#### **Erleichterung von Volksentscheiden und Volksbegehren:**

Wie viele Unterschriften müssen gesammelt werden, wie viele Bremerinnen und Bremer müssen abstimmen, um ein Volksbegehren oder einen Volksentscheid zu erzielen? Zu viele, sagte ein interfraktioneller Antrag der rot-grünen Fraktionen gemeinsam mit der CDU. Deshalb sind per Gesetzesänderung nun die "Quoren", also die nötige Stimmenzahl, gesenkt worden.

**Bürgerantrag erleichtern:** In der Regel befindet die Bürgerschaft über Anträge von Fraktionen, also Abgeordneten, und vom Senat. Es besteht aber auch die Möglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger Bremens, mittels eines Bürgerantrags ein Thema auf die Tagesordnung des Parlaments zu setzen. Allerdings sind gegenwärtig die Hürden dafür sehr hoch: Die Unterschriften von zwei Prozent der Einwohner sind dafür nötig, gegenwärtig also etwa 11.000. Hier wird nun mit der von der prozentualen Koppelung an die Einwohnerzahl gebrochen. Künftig sollen für einen Bürgerantrag im Landtag 5.000 Unterschriften, für die Stadtbürgerschaft 4.000 ausreichen.



#### **Keine Privatisierung ohne Volksentscheid:**

Öffentliche Unternehmen sind ein wesentliches Instrument zur politischen Gestaltung des Gemeinwesens. Der Verkauf von Anteilen dieser öffentlichen Unternehmen ist daher ein sehr weitreichender und folgenschwerer Eingriff in die politischen Handlungsmöglichkeiten, dessen Auswirkungen weit über die Dauer einer Wahlperiode hinausreichen. Die Bürgerinnen und Bürger Bremens als "ideelle politische Eigentümerinnen und Eigentümer" ihrer Unternehmen sollen die Möglichkeit erhalten, über diese Entscheidungen selbst abzustimmen. Dies soll dann der Fall sein, wenn die Bürgerschaft mit weniger als zwei Dritteln ihrer Mitglieder ein Verkaufsgesetz beschließt, wenn ein Viertel der Abgeordneten dies beantragen oder ein Zwanzigstel der stimmberechtigten Bevölkerung.



Fraktion  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
in der  
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0  
Fax: 3011-250

[fraktion@gruene-bremen.de](mailto:fraktion@gruene-bremen.de)  
[www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de)



**Aussetzen der Diätenerhöhung für die Jahre 2013 und 2014:** Die Übernahme der Ergebnisse der Tarifverhandlungen für die Angestellten des öffentlichen Dienstes auf die Beamten gestaltet sich für alle Bundesländer schwierig, denn die Kassenlage ist allgemein schlecht. So behelfen sich einige Bundesländer damit, die Beamtenbesoldung zwar zu erhöhen, andererseits aber Stellen abzubauen, zum Beispiel in der Lehrerschaft. Bremen ging, genauso wie Nordrhein-Westfalen, den Weg, auf die unteren Besoldungsgruppen bis A 10 die volle Tarifierhöhung zu übertragen, der mittleren Gruppe bis A 12 nur ein Prozent Erhöhung zuzugestehen; die höher dotierten BeamtInnen ab Besoldungsgruppe A 13 blieben ohne Gehaltserhöhung – Bremen hat dazu als Haushaltsnotland nicht die Mittel. Das entsprechende Gesetz wurde am 19. Juni 2013 in 2. Lesung – trotz erheblicher Proteste – beschlossen.

Die parallel turnusmäßige, auf einem Index aus Gehalts- und Preisentwicklung beruhende Erhöhung der Abgeordnetendiäten, so der Vorstoß von Matthias Güldner, Vorsitzender der grünen Bürgerschaftsfraktion, sollte als Zeichen der Solidarität ebenfalls ausgesetzt werden – was allerdings nur durch eine Änderung der Landesverfassung möglich ist. Einer gemeinsamen Initiative verwehrt allein die Fraktion der CDU.

Der für Änderungen der Landesverfassung nötige Ausschuss hatte seinen Bericht und Antrag vorgelegt. Auf dieser Grundlage wurde die Landesverfassung abschließend geändert. Weiterhin wurde das Akteneinsichtsrecht für Deputierte denen von Ausschussmitgliedern gleichgestellt.

## Nutzloser Pflege-TÜV

Der medizinische Dienst der Krankenkassen überprüft die Qualität von Pflegeeinrichtungen und ambulanten Pflegediensten – "Pflege-TÜV" genannt. Eigenartig dabei ist, dass bundesweit fast nur Bestnoten dabei herauskommen, zurzeit liegt die Durchschnittsnote bei 1,5. Geprüft wird nämlich nicht die tatsächliche Qualität der Pflege, der medizinische Dienst geht nach Papierlage. Da gilt es schon als Plus, wenn die Speisekarte gut zu lesen ist – wie das Essen wirklich ist, spielt keine Rolle.



Der alten- und behindertenpolitische Sprecher Dirk Schmidtmann hatte dazu eine Große Anfrage initiiert, deren Antwort die Mängel des Pflege-TÜV klar benennt. Die Pflegeeinrichtungen veröffentlichen nämlich nicht die Bewertungen des gesamten Prüfkatalogs, sondern schmücken sich mit den guten Durchschnittsnoten. Eine gute Note im Bereich „Pflege und medizinische Versorgung“ gleicht Mängel bei der „Sozialen Betreuung und Alltagsgestaltung“ aus, obwohl beides gleich wichtig ist für Wohlbefinden und Lebensqualität. Schmidtmann kritisiert, dass auf Bundesebene seit Jahren ergebnislos über Verbesserungen verhandelt wird. So begrüßt er die Absicht des Senats, die Ergebnisse der



heimrechtlichen Prüfungen der Bremer Heimaufsicht zu veröffentlichen, und wirbt für das Grüne Modell der „Pflege-Bürgerversicherung“.

## Zur Lage ausländischer Studierender in Bremen

Im Gegensatz zu europäischen Studierenden unterliegen jene aus dem nichteuropäischen Ausland anderen Bestimmungen, zum Beispiel im Aufenthaltsrecht. Aber auch ihre Lebensbedingungen sind anders als bei den hier Verwurzelten. Seit einem Jahr, mit der Umsetzung der "Hochqualifizierten-Richtlinie", können NichteuropäerInnen nach Studienabschluss zu vereinfachten Bedingungen bei uns eine Beschäftigung aufnehmen. Eine Große Anfrage der Koalition ging der Situation dieser Studierenden nach.



Die für Migration und Integration zuständige Abgeordnete Zahra Mohammadzadeh begrüßt, dass an den vier Hochschulen des Landes Bremen über 3.000 Studierende aus Nicht-EU-Staaten eingeschrieben sind, davon fast die Hälfte Frauen. Für den allseits beklag-

ten Fachkräftemangel steht eigentlich damit ein Pool von gut ausgebildeten jungen Menschen bereit – gerade aus den natur- und wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen, denn viele von den HochschulabsolventInnen wollen in Deutschland bleiben und ihren Lebensunterhalt verdienen. Hierzu bedarf es aber weitergehender Unterstützung nach Studiumsabschluss und einer anderen Willkommenskultur. Auch die neuen vereinfachten Bedingungen bilden noch hohe Hürden. Zudem muss intensiver gegen Diskriminierungen – auch an den Hochschulen – vorgegangen werden, die mit ein Grund für Studienabbrüche sind.

## Abmahnwahn beenden, Urheberrecht reformieren

Die Weiterverbreitung von Texten, Fotos oder Videos im Internet ist üblich, aber oft wissen die NutzerInnen nicht, ob diese dem Urheberrecht unterliegen und kostenpflichtig sind oder nicht. "Creative Commons" ("schöpferisches Allgemeingut") ist eine gemeinnützige Organisation, die einfache Lizenzmodelle zur kostenfreien Weiternutzung von digitalen Inhalten anbietet und damit Rechtssicherheit schafft. Wer also Fotos oder Texte ins Internet stellt und nichts gegen eine kostenlose Weiterverbreitung hat, kann sie für alle leicht erkennbar als "Creative Commons" markieren. Ein heute beschlossener Antrag fordert den Senat auf, die Veröffentlichungen der Freien Hansestadt Bremen im Internet - so weit möglich - auf diese Weise freizugeben.



Der medienpolitische Sprecher Carsten Werner schildert die Lage des grassierenden Abmahnwesens: Viele InternetnutzerInnen erhalten immer öfter Anwaltsschreiben, die sie einer



Fraktion  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
in der  
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0  
Fax: 3011-250

[fraktion@gruene-bremen.de](mailto:fraktion@gruene-bremen.de)  
[www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de)



**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**

in der Bremischen Bürgerschaft

Urheberrechtsverletzung bezichtigen, die nicht so genau nachvollzogen, aber auch nicht ausgeschlossen werden kann. Dieser Abmahnwahn soll beendet werden. Dazu bedarf es eines grundlegend und vernünftig reformierten Urheberrechts mit Klarheit und Flexibilität, mit klaren Normen dafür, was wie von wem unter welchen Bedingungen genutzt werden darf.

Mit „Creative Commons“ ist allerdings nicht gesagt, dass die Kreativen nicht bezahlt werden. Damit ist nicht gesagt, dass alles Material ohne weiteres von allen für alles weiterverwurstet werden darf. Damit kann aber auch auf einfache Weise für die Existenz und für die Achtung von Urheberrechten sensibilisiert und hingewiesen werden.



**Fraktion  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
in der  
Bremischen Bürgerschaft**

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0  
Fax: 3011-250

[fraktion@gruene-bremen.de](mailto:fraktion@gruene-bremen.de)  
[www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de)